

# EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



## Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



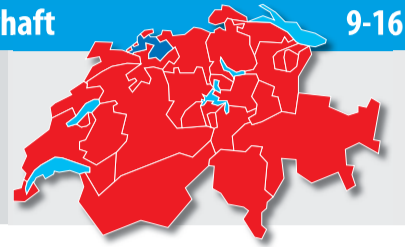
## Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



## Kanton Basel-Landschaft 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



# Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**

**Für eine sichere Zukunft in Freiheit**

Liste 3

**Andrina Trchsel,**  
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb wähle ich am 22. Oktober



# Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,  
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,  
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie  
am 22. Oktober wählen.  
Für eine sichere Zukunft  
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbots-Schweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

**Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative:** Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

## Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

### Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

### Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

### Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

# Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident  
der Sicherheitspolitischen Kommission  
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

### Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

### Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

**Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!**



## Editorial

### Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen  
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

### Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa  
Ständerat und Präsident  
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

### Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere  
Zukunft in Freiheit  
SVP wählen!**



# Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule:  $\frac{1}{3}$  der Schüler hat Sprachprobleme,  $\frac{1}{3}$  Lernstörungen,  $\frac{1}{3}$  ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!



## Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

### Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

### Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

### Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

### Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am  
22. Oktober



Die Partei des Mittelstandes

# Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Jahre hat die Lage für die Schweizer Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen massiv verschärft:

## Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



## Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.



## Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsten Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022: plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen. Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika. Niemand weiss, wo sich diese Personen inzwischen befinden.**

## Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im November 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt. Das liege an «bildungsfernen, migrantisch geprägten Milieus», so der Studienleiter. Es handle sich um ein «Migrationsproblem».

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylummigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

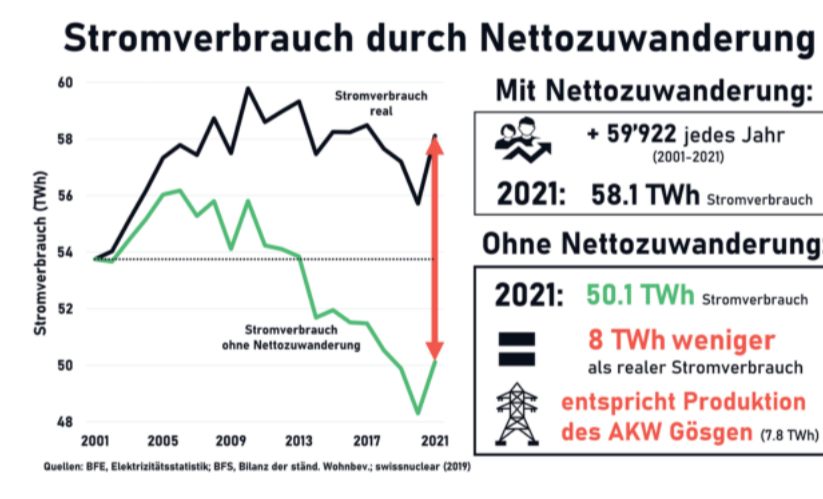
**71% der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15%**

**56% der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Täter-suche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.**

**57% der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.**

## Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



## Infrastrukturen am Anschlag

Die Stautunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren vervielfacht! Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden die Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffpreisen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen mit ihrer Anti-Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den Anschlag.



## Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15-jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



## Wohlstandsverlust

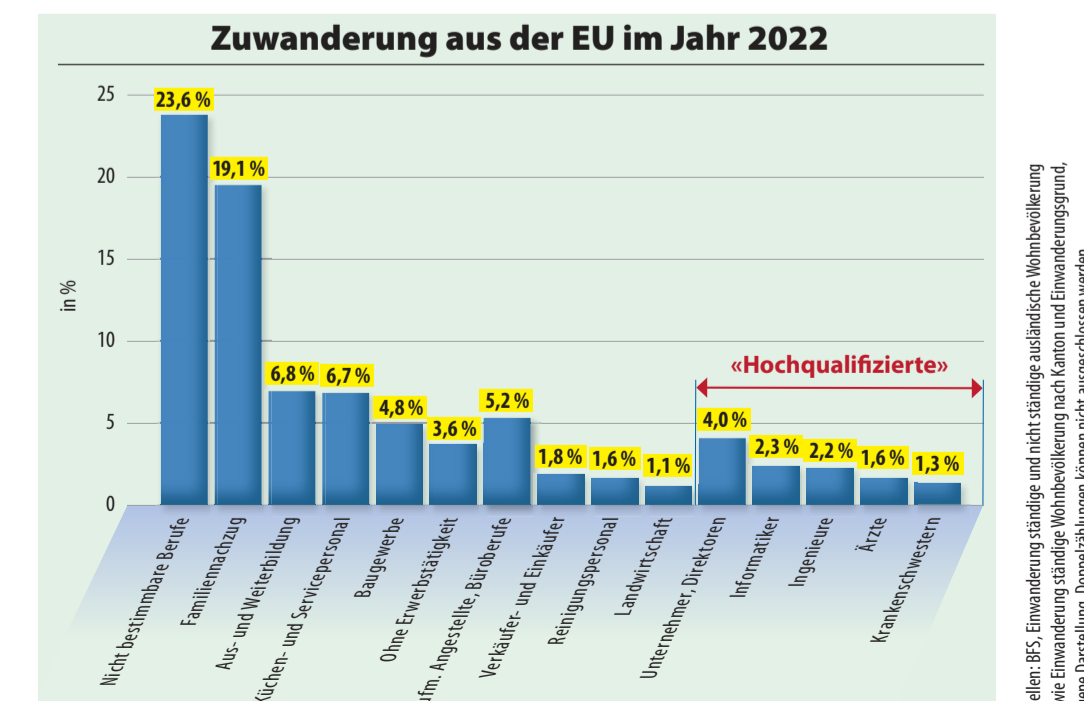
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



## Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

## Jetzt, Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



# «Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

## Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:

Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---------------------------------------------------------------------------------------	---------------	--------------

Total Kosten

		<b>75'963.00 CHF</b>
---------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------

# Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

## Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

## Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am  
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

**2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken**

Asylausgaben Bund 2021:  
Asylausgaben Bund 2022:  
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken  
rund 2,4 Milliarden Franken  
über 4 Milliarden Franken

# Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

## «Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund\*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

## «Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

## Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m<sup>2</sup>. Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m<sup>2</sup>, in Deutschland 1410 m<sup>2</sup> pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

## Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

### Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus<sup>1</sup>. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

### Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

<sup>1</sup> Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

## Stautunden 2008 – 2022



# Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



**Sie haben die Wahl!**

**Am 22. Oktober SVP wählen.  
Danke.**

## Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

**01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?**

180'000 = S  
 90'000 = X  
 150'000 = Y

**02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?**

1 Mrd = OR  2,5 Mrd = LZ  
 4 Mrd = VP

**03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?**

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P  
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

**04. Was ist das Ziel des Gendersterns?**

Politische Bevormundung = ÄH  
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

**05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?**

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L  
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

**06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?**

Leider noch keine = BN  
 Bereits zwei = EN

## Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.  
Natel Nummer: \_\_\_\_\_
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende \_\_\_\_\_ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern  
E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch), Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:  
[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

**1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.**

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

**SVP**  
SCHWEIZER QUALITÄT  
Die Partei des Mittelstandes



# FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT IN FREIHEIT



## Dafür setzen wir uns ein.

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Steuerbelastung zu hoch ist, zu viele Gesetze erlassen werden, die soziale Umverteilung zu weit geht, gute Strassen und ÖV-Verbindungen wichtig sind, ein hochwertiges Bildungsangebot unser wichtigstes Kapital ist und Eigenverantwortung vor staatlicher Hilfe stehen muss, dann sind Sie bei uns richtig.

Wir vertreten die Interessen des Mittelstandes, der Klein- und Mittelunternehmer sowie der Landwirtschaft. Geht es dem Mittelstand gut, geht es allen gut. Wir fördern deshalb das Eigentum und setzen auf mehr Eigenverantwortung und weniger Vorschriften.

Eine übertriebene Reglementierung behindert eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft und der Landwirtschaft und gefährdet damit unseren Wohlstand. Unser Ziel ist es, mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, guten Ausbildungsmöglichkeiten und dem Abbau von entwicklungshemmenden

Reglementierungen gute Voraussetzungen für florierende Betriebe zu schaffen und zu erhalten.

Die Sicherung der bestehenden Sozialwerke ist die grosse Herausforderung. Wenn das soziale Netz weiterhin bestehen soll, muss die Eigenverantwortung wieder stärker im Vordergrund stehen. Missbräuche der Sozialwerke sind gezielt zu bekämpfen und Fehlanreize zu beseitigen.

Wir stehen für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt. Wir setzen dabei auf technologischen Fortschritt anstatt auf ideologische Denkverbote für gewisse Technologien oder Verkehrsträger.

**Die SVP ist die einzige Garantin für eine Politik, die allen Menschen im Baselbiet und der Schweiz zugutekommt.**

**Stimmen Sie am 22. Oktober 2023 für eine sichere  
Zukunft der Schweiz in Freiheit.  
Wählen Sie **Liste 3****

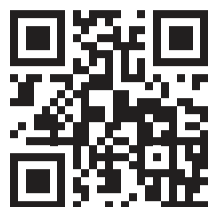






# Wir wählen SVP

## Liste 3



### WENIGER STAU.

#### Für einen **sicheren** Verkehrsfluss.

Der Verkehr in unserer Region steht vor dem Infarkt. Darunter leiden Wirtschaft, Handwerk und Gesellschaft – und der Kanton verliert an Attraktivität. ÖV und Individualverkehr brauchen eine gut ausgebaute Infrastruktur, die nicht täglich an ihre Belastungsgrenze stösst. Wir setzen uns dafür ein.



### MEHR PFUUS.

#### Für eine **sichere** Energieversorgung.

Wir müssen mit der Energie zwingend haushälterischer umgehen. Aber können wir mit Verboten, Preiserhöhungen und ideologischem Denken das Klima retten? Die Lösungsansätze der Linken und Grünen reichen nicht, um einen Blackout zu verhindern. Jetzt muss gehandelt werden. Für genügend Energie – auch in Zukunft.



### FREIHEIT | UNABHÄNGIGKEIT.

#### Für eine neutrale und **sichere** Schweiz.

Die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und die Freiheit unseres Landes sind zentrale Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Rund um uns herum herrscht hohe Inflation und Unsicherheit. Dank dem, dass die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, steht unser Land besser da. Wir können noch vieles selbst entscheiden. Die SVP setzt sich weiterhin dafür ein, dass dies so bleibt.



**Stimmen Sie am 22. Oktober 2023 für eine sichere Zukunft der Schweiz in Freiheit. Wählen Sie auch Liste 3**



# «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen»

Der Titel ist (Partei-)Programm, auch für die SVP Baselland. Das Credo der sozialen Schweiz, festgehalten schon in der Einleitung zu unserer Schweizer Bundesverfassung (BV), manifestiert sich weiter in Artikel 12 der BV: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.»

Verfasser: Thomas de Courten

Die Ziele und Grundsätze der Schweizer Sozial- und Altersvorsorge stehen ebenfalls in der BV. Zuallererst: Persönliche Verantwortung und private Initiative gehen vor. Bund und Kantone helfen jedoch solidarisch, wo das dem selbstbestimmten, freien Bürger nicht eigenständig möglich ist.

## Soziale Sicherheit der Schweiz

Die soziale Sicherheit ist in der Schweiz umfassend. Sie beinhaltet die gesellschaftliche Teilhabe, die Gesundheit und die Pflege, den familiären Zusammenhalt, das Bestreiten des eigenen Lebensunterhaltes durch Arbeit, die angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen, die Entwicklung unserer Kinder zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen, die kulturelle und politische Integration. Und nicht zuletzt, «dass jede Person gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Verwaisung und Verwitwung gesichert ist. Jede soziale Absicherung ist aber auch von den verfügbaren Mitteln abhängig. Deshalb können auch keine unmittelbaren Ansprüche auf staatliche Leistungen abgeleitet werden». Soweit zu den Grundsätzen, die deckungsgleich mit jenen der SVP sind. Unsere Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden.

## Die sozialen Säulen wackeln

Diese sozialen Säulen wackeln aber bedrohlich. Der stete Ausbau der Leistungen, die Perfektionierung des sozialen Auffangnetzes, eine – zum Glück – steigende Lebenserwartung und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung, mindestens ebenso aber auch eine wachsende Anspruchshaltung, eine

wachsende und staatlich grosszügig subventionierte Sozialindustrie, freche Missbräuche und die permanente Zuwanderung in die Sozialwerke, reissen finanzielle Lücken auf, welche die Zukunft der sozialen Schweiz gefährden.

## Keine solide Finanzierung

Weder die AHV, noch die Ergänzungsleistungen, weder Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erwerbsersatzordnung oder Invalidenversicherung. Weder die immer weiter ausgebaute Mutterschaftsversicherung oder - als letztes Auffangnetz - die Sozialhilfe: Keine dieser sozialen Einrichtungen ist heute noch solide finanziert und langfristig gesichert. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten künftiger Generationen.

## Strukturelle Probleme und Missbrauchspotenzial

In der Vergangenheit wurden die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuergeldern zugedeckt. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequentere Politik. Die finanzielle Sicherung unserer Sozialversicherungen ist ein Muss. Der Sozialindustrie und dem Missbrauch ist konsequent der Riegel zu schieben. Die offensichtlichen Missstände bei den Sozialwerken und die strukturelle Unterfinanzierung müssen ehrlich angegangen werden. Die bisherige «Pflasterlipolitik» muss aufhören! Es ist dringender denn je, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Die SVP setzt sich für die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und für den sozialen Frieden in unserem Land ein.



bisher

« Unsere Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. »

Thomas de Courten, Unternehmer und Nationalrat SVP BL

## Thomas de Courten

- **Geburtsdatum:**  
29.07.1966
- **Wohnort:**  
Rünenberg
- **Beruf:**
  - Eidg. Dipl. Betriebsökonom
  - Unternehmer
- **Mandate:**
  - Nationalrat BL seit 2011
  - Landrat BL 2003 – 2011
- **Schwerpunkte:**
  - Liberale Wirtschafts- und Standortpolitik
  - Beharrliche Überprüfung der Staatsaufgaben
  - Unabhängigkeit der Schweiz
- **Homepage**  
[www.decourten.info](http://www.decourten.info)



wählen Sie SVP  
am 22.10.2023

Liste 3



# Ausdauer und Leidenschaft

**Aus meinem unternehmerischen Alltag bin ich es gewohnt, dass Leistung und Qualität zählen. Als Malermeisterin im Umgang mit Kunden und auch mit Mitarbeitern stehen der langfristige Erfolg und die Freude am Handwerk, guten Produkten und Dienstleistungen im Zentrum. Gefragt ist also Ausdauer und Leidenschaft!**

Verfasserin: **Sandra Sollberger**

## Spass an der Arbeit

Ohne einen langen Atem und Spass an der Arbeit könnten wir nicht bestehen. Um erfolgreich zu sein, braucht es auch Lockerheit, Pragmatismus und Erfindergeist. Aber das Ziel muss stimmen und immer im Fokus bleiben.

Und so ist es auch in der Politik. Ich bin überzeugt, dass Politik auch Spass machen soll. Wer nur ideologisch ist und verbissen auf seinem Standpunkt beharrt, wird kaum erfolgreich sein und auch seiner Gesundheit schaden. Zudem braucht es Ausdauer, denn unsere Demokratie funktioniert langsam, vor allem in Bern. Das ist aber eigentlich ganz gut so, da wir keine Schnellschüsse wollen und nicht die gleichen Fehler wie im Ausland wiederholen möchten, wo vermeintlich immer alles sehr schnell gehen muss. Diese Langfristigkeit bedeutet aber umso mehr, dass man konsequent seine Ziele verfolgen soll, aber unternehmerisch, clever und anpassungsfähig. Insbesondere die alltägliche Parlamentsarbeit hinter den Kulissen muss wie ein Marathon angegangen werden, wenn man seine Ziele erreichen will. Das ist Knochenarbeit.

## Ein Beispiel aus Bern

So ein Beispiel nenne ich gerne aus meiner Zeit in Bern. Als ich 2015 frisch in den Nationalrat gewählt wurde, habe ich gleich einen Vorstoss eingereicht im Parlament. Nach dem Vorbild des Kantons Baselland und weiterer Kantone wollte ich den Bundesrat mit dieser Motion beauftragen, ein Gesetz zur Entlastung von KMU und Gewerbe zu erarbeiten. Solche Entlastungsgesetze waren bereits auf kantonaler Stufe erfolgreich. Die Deregulierungsbemühungen und der Kampf gegen Bürokratie auf Stufe Bund schien mir zu halbherzig vorwärts zu gehen. Die zahlreichen und teilweise ausufernden administrativen Hürden, Vorgaben und Verbote sind immer noch eine

der grössten Sorgen von Unternehmern und Gewerbetreibenden in der Schweiz. Hierbei freierlichere Rahmenbedingungen zu setzen, ist also aus meiner Sicht eine der vordringlichsten Aufgaben und ein Hebel, den wir selber in der Hand haben.

## Gespräche und Netzwerk sind wichtig

Mit der Einreichung war es aber nicht getan. Es waren viele Gespräche und ein breites Netzwerk nötig, um dann im Nationalrat und auch im Ständerat Mehrheiten für das Anliegen zu finden, was mir 2018 und 2019 auch gelungen ist. Der Bundesrat wurde damit beauftragt, solche Massnahmen einzuleiten und ein Gesetz zu schaffen. In der Zwischenzeit hatte unser Bundesrat Guy Parmelin das Wirtschaftsdepartement übernommen und konnte die Arbeiten einleiten, sodass 2021 eine durchwegs positive Vernehmlassung durchgeführt wurde und der Bundesrat Ende 2022 das Gesetz dem Parlament zur Beratung vorlegte. Bis im Sommer 2023 haben der Ständerat und die Wirtschaftskommission des Nationalrates das Gesetz gutgeheissen. Noch Ende Jahr könnte also das Gesetz endgültig verabschiedet sein.

## Ein langer Atem ist nötig

Diese Chronik erzählt also nicht nur den demokratischen Weg vom Vorstoss zum Gesetz, sondern auch, wie ein langer Atem, ein gestecktes Ziel und die Freude am Politisieren zum Erfolg führen können. Die Mühlen in Bern mögen zwar manchmal langsam mahlen, was mich als Unternehmerin oft herausfordert, da ich gerne schneller Resultate sehen würde. Aber der langfristige Erfolg, der durch Leidenschaft und Leistung entsteht, ist das was zählt. Schnellschüsse produzieren linksgrüne Ideologen schon genug.



**bisher**

« Die Mühlen in Bern mahlen langsam. Es zählt der Erfolg, der durch Leidenschaft und Leistung entsteht. »

Sandra Sollberger, Unternehmerin und Nationalrätin SVP BL

## Sandra Sollberger

- **Geburtsdatum:**  
27.10.1973
- **Wohnort:**  
Liestal
- **Beruf:**
  - Eidg. Dipl. Malermeisterin
  - GL Sollberger Maler AG
- **Mandate:**
  - Nationalrätin BL seit 2015
  - Mitglied Parteileitungsausschuss SVP CH
  - Gemeinderätin Bubendorf 2008 – 2016
  - Landrätin BL 2011 – 2015
- **Schwerpunkte:**
  - Wirtschafts-
  - Finanz- und
  - Verkehrspolitik
- **Homepage**  
[www.sandrasollberger.ch](http://www.sandrasollberger.ch)



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**



# Starke KMU für eine starke Schweizer Wirtschaft:

In der Schweiz arbeiten tagtäglich rund drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eines der rund 600'000 KMU in der Schweiz. Das bedeutet unter dem Strich, dass zwei Drittel der Beschäftigten in der Schweiz direkt von den guten Rahmenbedingungen in der Schweiz für KMU profitieren können.

Verfasser: **Dominique Erhart**

Deshalb ist es unabdingbar, dass man sich weiterhin, besonders in der Politik, für noch bessere Rahmenbedingungen für KMU einsetzt. Konkret müssen in der Schweiz die bürokratischen Hürden für KMU wieder verringert werden.

#### Hürden für KMU verringern

So können sich die Unternehmen wieder vermehrt auf ihre Kernkompetenz konzentrieren und weiterhin den weltweit geschätzten Schweizer Qualitätsstandard garantieren. Besonders in unserer starken Wirtschaftsregion Nordwestschweiz kann die Zusammenarbeit zwischen den KMU und den Grossunternehmen vereinfacht werden, wodurch die gesamte Region wieder profitieren kann. Nicht zu vergessen ist, dass durch Abbau der Bürokratie die Pflegeberufe entlastet werden können, welche gerade in letzter Zeit unter stetig steigenden Administrationsarbeiten leiden müssen.

#### Keine Denk- und Innovationsverbote in Zukunft

Von Denk- und Innovationsverboten hingegen ist abzusehen. Welche verheerenden Folgen solche Verbote haben, kann man bereits bei unserem nördlichen Nachbarland Deutschland beobachten. Denn durch die Diskussionen über Verbote von Verbrennungsmotoren oder Ölheizungen entscheiden sich viele Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte dazu, Deutschland den Rücken zu kehren.

Nebst dem Bürokratieabbau braucht es in der Schweiz dringende Investitionen in die Infrastruktur. In der Schweiz gehört es leider mittlerweile zum Alltag, dass besonders zu Stosszeiten die Züge, Busse oder auch Trams überfüllt und die Strassen verstopft sind. Daran sollten wir uns keinesfalls gewöhnen! Die Schweiz, aber auch

besonders der Kanton Basel-Landschaft muss neue Projekte realisieren, um die Verkehrssituation in der Region zu verbessern. Dabei scheint es sinnvoll, die Bemühungen, den Schienenverkehr auf die Schienen zu verlegen, weiterhin zu verstärken. Damit ist es alleine nicht getan. Es braucht allgemein einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und des Strassennetzes, um für die KMU einen effizienteren Verkehr und für die Anwohner eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Zudem dürfen kleinere Gemeinden nicht vergessen werden. Denn insbesondere in unserer Region, die sich durch viele kleinere Gemeinden auszeichnet, ist es wichtig, dass wir alle wieder schneller an unser Ziel kommen.

#### Für die Zukunft gerüstet sein

Um unseren Wirtschaftsstandort bestens für die Zukunft zu rüsten, dürfen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinesfalls zu kurz kommen. Es braucht weiterhin hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten in der Region.

#### Mehr Gewicht der Berufslehre

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Berufslehre gelegt werden. Denn es braucht ein gutes Verhältnis und Zusammenspiel zwischen praktischen und theoretischen Ausbildungen, um nachhaltig gegen den Fachkräftemangel vorzugehen.

#### Richtungweisende Wahlen

Es gibt weiterhin viel zu tun! Darum ist es wichtig, dass am 22. Oktober 2023 wieder mehr KMU-freundliche Politiker und insbesondere eine starke und möglichst zahlreiche SVP-Fraktion nach Bern geschickt wird.

Denn die SVP setzt sich konsequent für florierende KMU und gegen Innovationsverbote ein, zum Wohl der gesamten Bevölkerung.



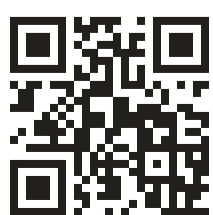
#### Dominique Erhart

- ▶ **Geburtsdatum:**  
27.11.1963
- ▶ **Wohnort:**  
Oberwil
- ▶ **Beruf:**  
▶ Rechtsanwalt und Notar
- ▶ **Mandate:**  
▶ Landrat seit 2019  
▶ Präsident Justiz- und Sicherheitskommission  
▶ Vorstandsmitglied Notariatsverband seit 2005
- ▶ **Schwerpunkte:**  
▶ KMU  
▶ Recht  
▶ Sicherheit
- ▶ **Homepage**  
[www.rechtsanwalt-erhart.ch](http://www.rechtsanwalt-erhart.ch)



« Um unseren Wirtschaftsstandort bestens für die Zukunft zu rüsten, dürfen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinesfalls zu kurz kommen. Es braucht weiterhin hervorragende Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Region. »

Dominique Erhart, Rechtsanwalt, Notar, Landrat und Nationalratskandidat



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**





# Stopp dem Woke-Wahnsinn

Erhebungen belegen, dass sich viele Schweizer Bürger nicht mehr trauen, öffentlich ihre Meinung zu äussern. In einer aktuellen Tamedia-Umfrage vom Juli 2023 antworteten gar 41% der unter 34-jährigen, sie seien in ihrer Meinungsäusserungsfreiheit eingeschränkt. Dieser Zustand ist ein deutliches Alarmsignal an die Politik!

Verfasserin: Sarah Regez

Der Mainstream wird zunehmend von einer Ideologie dominiert, die unsere persönlichen Freiheiten zugunsten der politischen Korrektheit einschränkt. Diese Tendenz verhält sich krass diametral zu unseren freiheitlichen Schweizer Werten und überbietet immer mehr.

#### Gender, Woke, Cancel Culture

Stichworte wie Gender, Woke und Cancel Culture sind bereits den Jüngsten unserer Gesellschaft ein Begriff. Denn sie halten in Bildungsinstitutionen, in Medienhäusern, bei kulturellen Veranstaltungen und in vielen weiteren alltäglichen Bereichen Einzug.

#### Universitäten sind realitätsfremd

An Schweizer Universitäten setzt man sich heute für eine diktatorische Durchsetzung des Genderns ein und beschränkt sich längst nicht mehr nur auf Gendersternchen und Gendergap. Die Sonntagszeitung titelte unlängst: «Woke-Offensive an der Universität Zürich», und: «Der Studierendenverband der grössten Schweizer Uni fordert Transgender-Toiletten, geschlechtsneutrale Wickeltische, Gratis-Menstruationsprodukte und Halal-Deklarationen in den Mensen».

#### Persönlich kein Verständnis

Als Studentin kann ich über diese Realitätsfremdheit nur den Kopf schütteln! Anstatt die wahren Probleme der Bevölkerung wie die exorbitanten Krankenkassenprämien, unbezahlbare Energiepreise und stetig steigende Steuersätze, sowie zahlreiche negative Folgen der Masseneinwanderung lösungsorientiert anzugehen, konzentrieren sich die Universitätseliten auf die künstliche Schaffung neuer Problemfelder und gefährden zeitgleich mit ihren Ideologien unser aller Freiheit. Die Rede von Toleranz, Akzeptanz und Solidarität treiben sie derart ad absurdum, dass man

gegen die Moralpredigten kaum noch ankommt. Unter dem Deckmantel des Gutmenschtums versteckt sich diese kleine Gruppe von äusserst privilegierten Personen, denen es in Wirklichkeit kaum darum geht, gut zu sein, sie wollen vielmehr einfach als gut angesehen werden.

#### Wer grenzt wen aus?

Die Fronten im Kampf um unsere freie Kultur sind klar: Auf der einen Seite stehen die wenigen Woken, die das Diktat der Gendersprache, die Verbotskultur und die Ausgrenzung und Zensur von Andersdenkenden befürworten, damit ihre Gefühle nicht verletzt würden. Auf der anderen Seite steht die absolute Mehrheit der Normalbürger, die gerne einen Mohrenkopf isst, die kleine Mädchen als „härzigs chliises Meitli“ bezeichnet und sie als Prinzessinnen verkleiden lässt. Bis vor Kurzem wusste die grosse Mehrheit gar nicht, dass der Begriff Gender existiert, und nun sollten wir hinnehmen, dass es - in völligem Widerspruch zur Biologie - ein drittes, viertes etc. Geschlecht geben soll.

#### Kampf für eine freie Schweiz

Nur wenn zukünftig nicht bereits die Kinder mit dieser woken Ideologie indoktriniert werden oder Angestellte bei Nicht-Einhaltung von derlei Vorgaben um ihre Lebensexistenz fürchten müssen, kann sich unsere Gesellschaft weiterhin den gewohnten demokratischen Freiheiten erfreuen. Ich kämpfe für eine Schweiz, in der jeder sagen darf, was er denkt. Ich setze mich ein für ein Land, das keine Meinungen ausgrenzt, nur weil diese nicht mit der eigenen politischen Überzeugung übereinstimmen. Es ist höchste Zeit, dass die Woke-Ideologie endlich erstickt wird. Wenn uns dies nicht gelingt, verlieren wir unsere Freiheiten in praktisch allen Lebensbereichen.

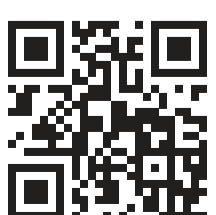


« Die Rede von Toleranz, Akzeptanz und Solidarität wird derart ad absurdum getrieben, dass man gegen die Moralpredigten kaum noch ankommt. »

Sarah Regez, Studentin, Unternehmerin und Nationalratskandidatin

#### Sarah Regez

- ▶ **Geburtsdatum:**  
18.04.1994
- ▶ **Wohnort:**  
Sissach
- ▶ **Beruf:**
  - ▶ Studentin Rechts- und Politikwissenschaften
  - ▶ Selbständig im Bereich Recruitment Marketing
- ▶ **Mandate:**
  - ▶ Betriebskommission Begegnungszone Sissach
- ▶ **Schwerpunkte:**
  - ▶ Asylpolitik
  - ▶ Familien- u. Bildungspolitik
  - ▶ Neutralitätspolitik
- ▶ **Homepage**  
[www.sarahregez.ch](http://www.sarahregez.ch)



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**



# Finanzen und Steuern in der Schweiz: Wohin soll der Weg gehen?

Damit zukünftige Generationen unsere Schulden nicht abbauen müssen, ist es jetzt an der Zeit etwas zu ändern im Umgang mit unseren Steuergeldern. Der Bund soll unseren Mittelstand entlasten und nicht jährlich Milliarden an Entwicklungshilfe ins Ausland zahlen.

Verfasser: **Andreas Spindler**

Staaten, die nicht bereit sind Rückführungsabkommen für verurteilte Straftäter abzuschliessen, sollen konsequent gestrichen werden auf der Empfängerliste von Entwicklungsgeldern.

#### Bundesaussgaben verdoppelt

Die Bundesaussgaben haben sich seit 1990 verdoppelt. 1990 hatten wir 6.7 Millionen Einwohner, Ende 2022 circa 8.8 Millionen Einwohner. Diese Entwicklung muss uns zu denken geben. Immer wieder lese ich, dass wir in der Schweiz Sozialabbau betreiben würden. Dieses linke Mantra ist schlichtweg gelogen. Die Bundesaussgaben in der sozialen Wohlfahrt haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt von 14 auf fast 28 Milliarden Franken. Wir geben also mehr Geld aus für die soziale Wohlfahrt als für die Armee, die Bildung und den Verkehr zusammen. Ein weiterer Ausbau liegt ganz einfach nicht drin. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt. Eine Aufweichung der Schuldenbremse lehne ich kategorisch ab. Es gilt, die Schulden abzubauen und die Staatsquote zu senken.

#### 20% mehr Personalaufwand

Der Personalaufwand beim Bund stieg in 15 Jahren um rund 20% auf über 6 Milliarden Franken. Der Durchschnittslohn der Bundesangestellten lag bei 117'176 Franken. Was denken sich Arbeiter aus dem Mittelstand, wenn sie solche Summen lesen? Ständig werden neue Abgaben und Gebühren eingeführt auf allen Stufen des

Staates (Bund, Kanton, Gemeinde). Wir kämpfen gegen diese Zugriffe auf Ihr Geld und sagen NEIN zu neuen Gebühren und Steuern. Wir kämpfen für einen schlanken Staat und sind gegen weitere Geldabflüsse ins Ausland. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterhin Steuerwettbewerb in der Schweiz herrscht, nur so wird die Steuerpolitik zugunsten des Bürgers gemacht.

#### Handänderungssteuer

Wie wollen wir die Schweiz für junge Bürgerinnen und Bürger attraktiver machen? Es gibt viele Themen, die im Moment in kantonaler Hoheit sind, man sich aber Gedanken machen muss, wie wir erreichen können, dass die jungen Generationen gerne hier leben. Wie wäre es z.B. mit der Abschaffung der Handänderungssteuer für Personen unter 30 Jahren? Der Staat zahlt auch keine Handänderungssteuer, wenn er ein Grundstück erwirbt oder verkauft. Wir müssen in Zukunft kreativer werden und neue Möglichkeiten und Chancen schaffen, damit die Zukunft für die nächsten Generationen attraktiver wird. Arbeit muss sich lohnen.

#### Ansätze schaffen

Wie können wir interessante Ansätze schaffen, dass Menschen weiter im Arbeitsprozess erhalten bleiben und somit weniger Fachkräftemangel entsteht? Wie wäre es z.B. mit einer Halbierung der erarbeiteten Einkommenssteuer nach dem Erreichen des Pensionsalters? Ich werde mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass Sie in Zukunft mehr Geld in Ihrem Portemonnaie haben.

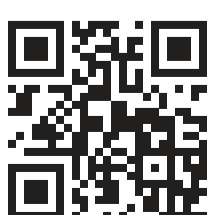


« Sparmassnahmen muss man dann ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät. »

Andreas Spindler, Unternehmer, Gemeinderat und Nationalratskandidat

#### Andreas Spindler

- **Geburtsdatum:**  
04.10.1968
- **Wohnort:**  
Aesch
- **Beruf:**  
► Unternehmer
- **Mandate:**  
► Gemeinderat Aesch  
► Mitglied Parteileitung SVP BL  
► Verwaltungsratspräsident Intergera AG
- **Schwerpunkte:**  
► Wirtschaftspolitik  
► Finanzpolitik
- **Homepage**  
[www.andreas-spindler.ch](http://www.andreas-spindler.ch)



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**



# Verkehrsinfrastruktur ist von immenser Bedeutung für moderne Gesellschaften

Das Rückgrat für die wirtschaftliche Entwicklung, für den sozialen Zusammenhalt und die individuellen Mobilität, ist ein gut funktionierendes Verkehrssystem. Die Verfügbarkeit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur beeinflusst das tägliche Leben der Menschen in vielerlei Hinsicht. In unserer Region stockt und staut es an unzähligen Stellen! Damit der Verkehr wieder ins Rollen kommt und die Region mobil bleibt, dafür will ich mich in Bern einsetzen.

Verfasser: Dominik Straumann

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region unerlässlich. Sie ermöglicht den effizienten und zuverlässigen Transport von Gütern. Dadurch wird der Handel gefördert, Unternehmen können ihre Produkte schneller und kostengünstiger auf den Markt bringen. Eine gut entwickelte Verkehrsinfrastruktur ist daher ein wesentlicher Faktor für das Wirtschaftswachstum, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und unseren Wohlstand.

## Soziale Mobilität

Verkehrsinfrastruktur ist auch für die soziale Mobilität von grösster Bedeutung. Sie ermöglicht es den Menschen, ihre Arbeitsplätze zu erreichen, Bildungseinrichtungen zu besuchen, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen und soziale Kontakte zu pflegen. Insbesondere in ländlichen Gebieten, wo der öffentliche Verkehr (ÖV) oft begrenzt ist, sind gut ausgebaute Strassen von entscheidender Bedeutung, um die Isolation der Bewohner zu verhindern und den Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen zu gewährleisten.

## Lebensqualität

Eine gut entwickelte Verkehrsinfrastruktur trägt zur Verbesserung der Lebensqualität bei, indem sie Staus und Verkehrsengpässe reduziert und die Pendelzeiten verkürzt. Kürzere Fahrzeiten bedeuten weniger Stress und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

Die Trennung der Verkehrsträger, wie zum Beispiel Fussgängerflächen, Fahrradwege, Schnellstrassen für e-Bike, ÖV und Auto, ist eine wichtige Planungsstrategie, um die Effizienz, Sicherheit und Umweltfreundlichkeit des Verkehrssystems zu verbessern.

## Sicherheit

Die Trennung der Verkehrsträger reduziert das Risiko von Verkehrsunfällen und erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Durch die Schaffung getrennter Fahrspuren für Fahrräder, e-Bike, ÖV und MIV können

Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern minimiert werden.

## Effizienz

Die verschiedenen Verkehrsträger haben unterschiedliche Geschwindigkeiten und Kapazitäten. Durch die Trennung der Verkehrsträger wird der Verkehrsfluss optimiert, da jeder Verkehrsträger auf seine spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Dies verhindert auch Verkehrsstaus, die entstehen können, wenn sich langsamere Verkehrsmittel mit schnelleren vermischen. Der Trend geht in eine andere Richtung: Haltestellen werden auf Strassen errichtet, Velorouten führen durch 30er Zonen und die Autobahn wird als regionaler Verkehrsträger genutzt, weil Kantonsstrassen zurückgebaut werden.

## Komfort und Attraktivität

Getrennte Verkehrsträger verbessern den Komfort für die Benutzer und machen den ÖV attraktiver. Wenn Fahrräder inkl. e-Bikes, Trams und Busse ihre eigenen Fahrspuren haben, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie im Verkehr stecken bleiben. Leider gibt es auch hier einen anderen Trend, vor allem in den Agglomerationsgemeinden oder in der Stadt Basel.

Die Trennung der Verkehrsträger ist jedoch nicht in allen Fällen praktikabel. In einigen ländlichen Gebieten kann die Schaffung separater Verkehrswege kostspielig sein und die Mobilität einschränken. Hier ist es wichtig, alternative Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung gerecht werden und gleichzeitig die Sicherheit und Effizienz des Verkehrssystems verbessern.

Wenn Sie meine Meinung teilen, dann zähle ich auf Ihre Stimme. Ich werde mich in Bern für eine zweckmässige Verkehrsinfrastruktur für die Region Basel einsetzen. Ich schreibe bewusst für die Region, da wir als Kanton Basel-Landschaft stark betroffen sind, von der gescheiterten Verkehrspolitik der Stadt Basel.



## Dominik Straumann

- **Geburtsdatum:**  
13.05.1976
- **Wohnort:**  
Muttenz
- **Beruf:**
  - Unternehmer
  - e. Polizist
- **Mandate:**
  - Kantonalpräsident SVP BL
  - Präsident Feuerwehrverband beider Basel
  - Kommandant Stützpunktfeuerwehr Muttenz
  - Landrat BL 2003 – 2019
- **Schwerpunkte:**
  - Wirtschaft
  - Verkehr
  - Sicherheit
- **Homepage**  
[www.dominikstraumann.ch](http://www.dominikstraumann.ch)



« Nur durch ein koordiniertes und nachhaltiges Verkehrssystem können wir eine zukunftsfähige und lebenswerte Mobilität für kommende Generationen gewährleisten. »

Dominik Straumann, Unternehmer, Nationalratskandidat und Präsident SVP BL



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**





# Schon wieder ein Text zum Thema Sicherheit?

Diese Frage stellte mir meine Frau, als ich ihr vom geplanten Thema meines Textes berichtete. Mit grosser Motivation versuchte ich, sie von der Wichtigkeit des Themas zu überzeugen und dass wir uns wieder vermehrt für den Erhalt unserer Sicherheit einsetzen müssen.

Verfasser: **Reto Tschudin**

Leider sind viele Dinge, die wir noch bis vor Kurzem als selbstverständlich erachteten, heute bereits nicht mehr selbstverständlich. So war es letztes Jahr noch normal, dass wir - ohne Angst vor Gewalt haben zu müssen - ins Freibad oder in den Ausgang gehen konnten. Auch war es einfach selbstverständlich, dass der Strom aus der Steckdose kommt und wir genügend Energieträger haben, um unsere Häuser auch im Winter warm zu halten. Heute stelle ich mit Bedauern fest, dass diese Selbstverständlichkeit verloren geht.

## Selbstverständlichkeit verloren

In deutschen Freibädern muss neben dem Sicherheitsdienst oft auch die Polizei aufmarschieren, in Basel gehören Gewaltdelikte wie Überfälle, Raub und Vergewaltigungen bereits zur Tagesordnung und die Zeitungsmeldungen dazu werden immer kleiner, weil bereits «normal». Aber auch auf dem Land häufen sich die Meldungen zu Gewalt- und Einbruchsdelikten massiv.

## Mangelware Energie

Daneben ist auch nicht mehr einfach klar, dass wir genügend Strom für unsere Versorgung haben und sogar die Holzpreise sind vergangenen Winter massiv angestiegen, weil alle Angst hatten, dass wir nicht mehr genügend Gas oder Erdöl zum Heizen hätten. Diese Entwicklungen machen mir Sorgen und ich bin überzeugt, dagegen müssen wir uns einsetzen. Als ich meiner Frau diese Gedanken vortrage und mich klar für die Stärkung der Versorgungssicherheit und für eine härtere Gangart gegen Delinquenten ausspreche, meint diese nur: «Das sagst du doch schon lange, passiert ist aber dennoch nichts». Ihre Worte treffen

mich wie ein Stich ins Herz.

## SVP warnt seit Jahren

Denn sie hat Recht! Seit Jahren schon warnen wir von der SVP vor den negativen Entwicklungen am Strommarkt und vor der schleichenden Verrohung unserer Gesellschaft. Seit Jahren werden wir dafür nicht ernst genommen, ja teilweise gar belächelt. Heute stelle ich etwas konsterniert fest, dass wir eben doch Recht hatten und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Aber ich glaube daran, dass es noch nicht zu spät ist und wir in unserem schönen Land Sicherheit in allen Bereichen wieder zur Selbstverständlichkeit machen können. Genau dafür möchte ich mich in Bern einsetzen und die nötigen Schritte dazu mitgestalten. So müssen wir die Energiesicherheit mit der Planung und dem Bau neuer Kraftwerke vorantreiben und dürfen dabei AKWs nicht von vornherein ausschliessen. Bezüglich der öffentlichen Sicherheit müssen wir mit konsequenter und harter Anwendung unserer Gesetze, mit verstärkter Polizeipräsenz, mit ausgebautem Grenzschutz und mit mehr präventiver Aufklärungsarbeit gezielt gegen Kriminelle und ihre Machenschaften vorgehen. Sodass wir auch zukünftig mit einer sorglosen Selbstverständlichkeit ins Freibad oder in den Ausgang gehen können. Dafür setze ich mich seit Jahren ein und ich hoffe, dass meine Frau, wenn ich das nächste Mal einen Text schreibe, sagt: «Zum Thema Sicherheit musst du doch nichts schreiben, die ist doch selbstverständlich.»



« Die SVP warnt seit Jahren vor der zunehmenden Gewalt und Verrohung - und wurde dafür teilweise belächelt. Heute stelle ich fest, dass wir leider Recht hatten und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit mehr ist. »

Reto Tschudin, Landrat, Jurist und Nationalratskandidat

## Reto Tschudin

- ▶ **Geburtsdatum:**  
22.10.1984
- ▶ **Wohnort:**  
Lausen
- ▶ **Beruf:**
  - ▶ Jurist
  - ▶ Hauptabteilungsleiter  
Zivilrechtsverwaltung BL
- ▶ **Mandate:**
  - ▶ Landrat seit 2015
  - ▶ Präsident SVP Liestal u. U.
  - ▶ Beirat TCS beider Basel
- ▶ **Schwerpunkte:**
  - ▶ Sicherheit
  - ▶ Recht und Ordnung
- ▶ **Homepage**  
[www.retotschudin.ch](http://www.retotschudin.ch)



**wählen Sie SVP  
am 22.10.2023**

**Liste 3**







# Wir wählen SVP

## Liste 3



### MEHR CH!

#### Für eine **sichere** Selbstversorgung.

Die jüngsten Krisen zeigen drastisch unsere Abhängigkeit von weltweiten Lieferketten und wie unzuverlässig diese im Ernstfall sind. Wir sind unter anderem betreffend Medizinprodukten komplett vom Ausland abhängig. Wir müssen uns in solch sensiblen Bereichen dringend neu aufstellen und dank Selbstversorgung wieder mehr Eigenständigkeit gewinnen.



### WENIGER STEUERLAST.

#### Für Wohlstand und ein **sicheres** Haushaltseinkommen.

Der Wohlstand misst sich daran, wie viel den Menschen am Ende des Monats im Portemonnaie bleibt. Wer jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit geht, der soll belohnt werden. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen in diesem Land nicht mehr arbeiten wollen und auf Kosten der Steuerzahler das Leben geniessen.



### ZUWANDERUNG KONTROLLIEREN.

#### Für eine **sichere** Zukunft im Arbeitsmarkt.

Der Zustrom an Menschen wird immer dramatischer. Im Jahr 2022 sind rund 180'000 zusätzlich in unser Land gekommen. Das entspricht der Einwohnerzahl der Städte Bern und Luzern zusammen. All diese Menschen brauchen unsere Infrastrukturen wie Strassen, Wohnungen, Spitäler oder Schulhäuser. Sie brauchen Energie und Strom sowie Nahrungsmittel. Die SVP fordert, dass die ungebremste Zuwanderung gestoppt wird.



**Ihre Spende zählt! Jetzt auf das Spendenkonto der SVP BL einzahlen. QR-Code verwenden**





# ZUKUNFT IN FREIHEIT JUNGE SVP BL



**Nicole Roth | 30.06.1994**  
Sissach  
Dipl. Expertin Intensivpflege NDS HF  
Landrätin  
Präsidentin JSVP Baselland



**Sascha Müller | 10.03.1994**  
Birsfelden  
Teamleiter und Fachverantwortlicher  
Geschäftskundenschalter/Backoffice  
Vorstand SVP Muttenz/Birsfelden



**Luca Flubacher | 17.11.1999**  
Birsfelden  
Student (Geschichte und Politik-  
wissenschaften)



**Leo Griner | 18.10.2004**  
Lauwil  
Automobilmechatroniker in  
Ausbildung

**Wählen Sie**  
**Liste 33**



**Joel Haberthür | 06.05.2003**  
Biel-Benken  
Student



**Tiziano Neri | 03.07.2004**  
Zwingen  
Logistiker in Ausbildung



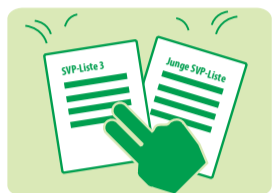
**Alessandro Wehrli | 14.04.2004**  
Langenbruck  
Kaufmann in Ausbildung (M-Profil)



# National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023 So wählen Sie richtig!



**1.** Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert.



**2. Nationalrat:**  
Wählen Sie eine der folgenden Listen aus:

- SVP-Liste 3 oder
- SVP-Liste 33 | Junge SVP



**3.** Legen Sie die ausgewählte Liste unverändert ins kleine Couvert.  
**WICHTIG:** Sie dürfen nur **eine** Liste abgeben. Andernfalls ist die Wahl ungültig.



**4. Ständerat:**  
Schreiben Sie auf den Ständeratswahlzettel den Namen des FDP-Ständeratskandidaten hin. Sie dürfen den Namen Sven Inäbnit **nur einmal** hinschreiben.



**5.** Legen Sie den Ständeratswahlzettel ebenfalls ins kleine Couvert. Verschiessen Sie das kleine Couvert.



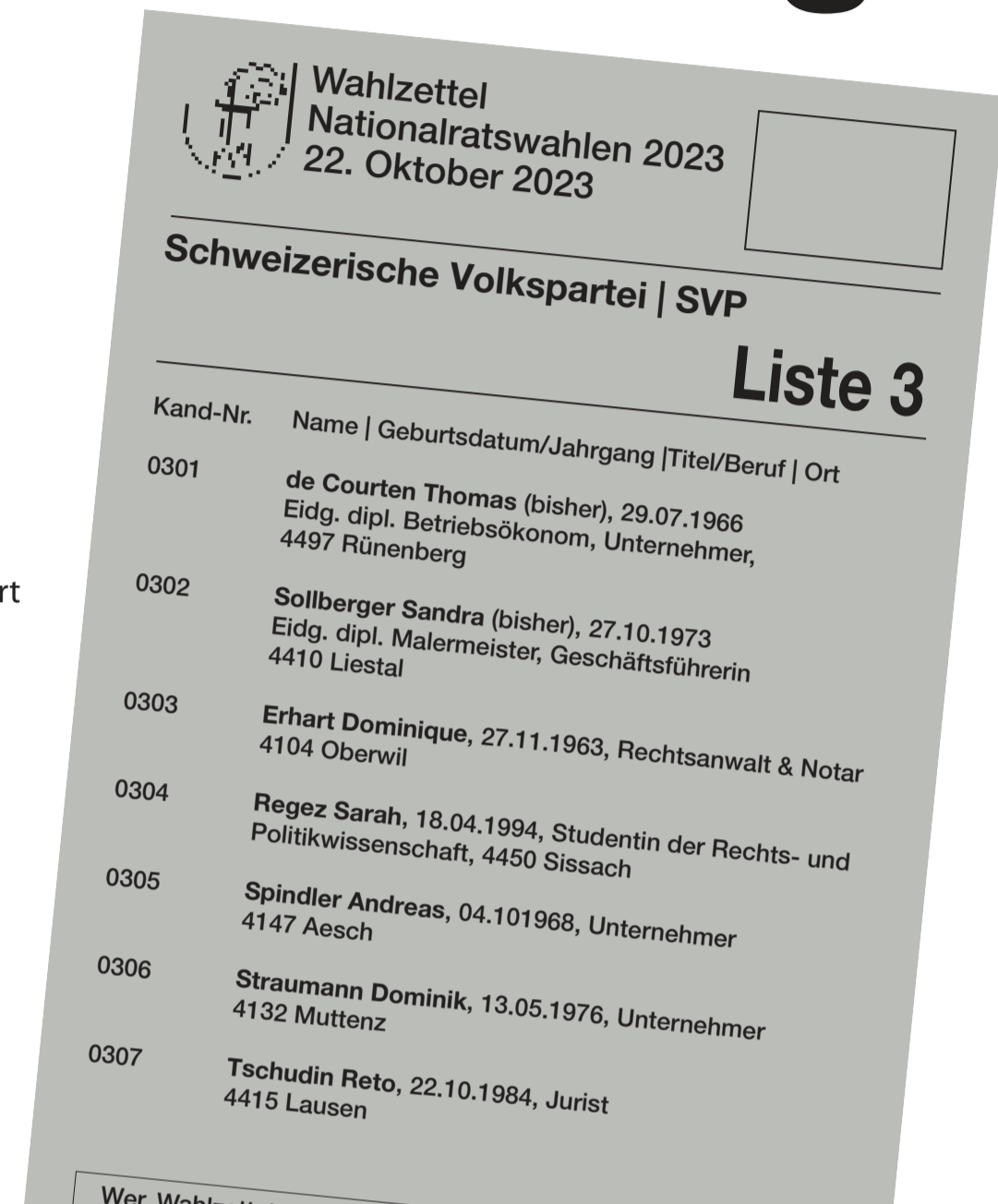
**6. WICHTIG:** Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



**7.** Das kleine Couvert und den Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster ersichtlich ist.



**8.** Das Stimmcouvert: bis 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober in die Urne werfen.



Wer Wahlzettel planmässig einsammelt, ausfüllt oder ändert, oder wer derartige Wahlzettel verteilt, wird mit Busse bestraft. Art. 282<sup>bis</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

## Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab jetzt können Sie kostenlose und kompetente Auskünfte einholen!

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Schicken Sie uns Ihre Frage per Mail an [geschaeftsstelle@svp-bl.ch](mailto:geschaeftsstelle@svp-bl.ch)

oder rufen Sie uns zu Bürozeiten an auf T. +41 61 421 86 21

